Geheimnisvoller Schienenstrang



Sein Name ist zwar nicht Hase, sondern Gratz, aber er weiß anscheinend trotzdem von nichts. Obwohl er als Wiener Bürgermeister über die Vorgänge im Rathaus informiert sein sollte, hat er noch immer nicht herausgekriegt, welche seiner hohen und höchsten Beamten denn nun eigentlich wirklich schuld sind an den Bauring-Millionenverlusten. Und von der Baufälligkeit der Wiener Reichsbrücke hat er ebenfalls nichts gewußt. So lange nicht, bis die Brücke sang-, wenn auch nicht klanglos zusammenbrach. Wie sehr die Floridsdorfer Brücke einsturzgefährdet war, wußte er ebenfalls nicht, so daß er am Tag X in seinem Urlaubsort Abano aufgespürt und im Charterflugzeug an den Tatort gebracht werden mußte. (Aktueller Brückenwitz: Warum mußte die Floridsdorfer Brücke gesperrt werden? Weil die Nieten alle im Rathaus sind.)

Nur eines hat der Poldi Gratz offenbar schon im voraus gewußt: daß nämlich eine Tageszeitung im Jänner 1977 eine kritische Artikelserie unter dem Titel „Dienstwagen brausen durch Österreich" veröffentlichen würde. Weshalb der stets auf eine gute Presse bedachte Bürgermeister schon im Dezember 1976 vorbeugend eine aufsehenerregende Tat setzte. Er verzichtete anläßlich einer 1000-Jahre-Kärnten-Gratulationsfahrt nach Klagenfurt auf seinen Dienstwagen. Statt dessen mietete er mit Steuergeldern zwei 1.-Klasse-Waggons des Schnellzugs Wien—Klagenfurt. Und weil auch der größte Bürgermeister nicht mit einem Hintern in zwei Wagen sitzen kann, deshalb durfte der ganze Wiener Hofstaat die erstklassige Reise mitmachen. 2 SP-Vizebürgermeister, 6 SP-Stadträte, ein VP-Stadtrat, 2 SP-Landtagspräsidenten, die drei Klubobmänner der Rathausfraktionen (darunter der gerichtsbekannte Bauringer Reinhold Suttner), 6 SP-Gemeinderäte und 6 hohe Beamte geleiteten ihren Wiener Landesfürsten in den vor 1000 Jahren germanisierten Süden des heutigen Österreich.

Als Geschenk brachte man den jubilierenden Germanen eine Plastik im Wert von 688.000 Schilling mit. Berappt vom Steuerzahler, versteht sich. Titel des Kunstwerkes: Atlantis. (Ob dies als Trost dafür gedacht war, daß im Lauf der Weltgeschichte nicht nur Tausendjährige Reiche, sondern sogar schon komplette Kontinente untergegangen sind?)

In Klagenfurt, inmitten der unübersehbaren Ansammlung Wiener Würdenträger, ließ der Landeshauptmann und Ex-NSDAP-Führernachwuchsschüler Gratz dann dem Landeshauptmann und hochgradigen Ex-Hitler-Jungen Wagner das teure Mitbringsel überreichen. Worauf man einander freudetrunken zuprostete. Gratz: „Ein demonstrativer Akt der Verbundenheit." In dem stolzen Bewußtsein, ein paar Liter Dienstwagen-Benzin gespart zu haben, begab sich hernach die ganze Gesellschaft ins teuerste Hotel Klagenfurts, den „Sandwirt", um dort standesgemäß auf Kosten des Steuerzahlers der Ruhe zu pflegen. Wir dürfen annehmen, daß der Herr Bürgermeister und seine Höflinge gut geschlafen haben, denn ein gutes Gewissen ist ja bekanntlich ein sanftes Ruhekissen.

*

Aber was ein Landesfürst kann, das kann der König Bruno schon lange. Es traf sich, daß just Mitte Jänner — als die besagte Artikelserie ihren Höhepunkt erreichte — die gesamte Regierungsmannschaft in Bad Kleinkirchheim eine Tagung abhalten sollte. Bruno Kreisky, der große Meister im Auswischen des Auges, tat daraufhin folgendes: er schickte seine Minister im schlichten Eisenbahnwagen in den Kur- und Tagungsort.

Während der dankbare Steuerzahler jedoch seine sparsamen Minister noch in der Bahn vermutete, geschah Rätselhaftes. Verkehrsminister Lanc wurde mit seinem Dienstauto in einen Unfall verwickelt. Wie das? War Lanc nicht mit von der Partie gewesen? O doch, er war gewesen. Aber heimlich, still und leise hatte man den meisten Ministern ihre Dienstautos nachgebracht, so daß sie nach den Entbehrungen der Hinfahrt wenigstens in Bad Kleinkirchheim und Umgebung bzw. auf der Heimoder Weiterreise nicht auf das geliebte Protzomobil zu verzichten brauchten.

Vereinfacht gesagt: Während die hohen Herrschaften im Waggon erster Klasse den Schienenstrang entlangsausten, brausten ihre leeren, nur mit den Chauffeuren besetzten Benzinkutschen daneben auf der Straße mit. Somit Ersparnis: keine. Im Gegenteil; der Steuerzahler, diese Melkkuh einer in Saus und Braus dahinlebenden Wohlstandsregierung, brennt für diese Fahrt von Wien nach Bad Kleinkirchheim sogar doppelt. Und für die 20.000 Schilling Sachschaden, die bei Lancens Unfall entstanden (der Minister blieb unverletzt), wird er indirekt vermutlich auch aufkommen müssen. •

„Für die Volksmacht." Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl; alle 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,— Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,—

Nummer 125, Februar 1977

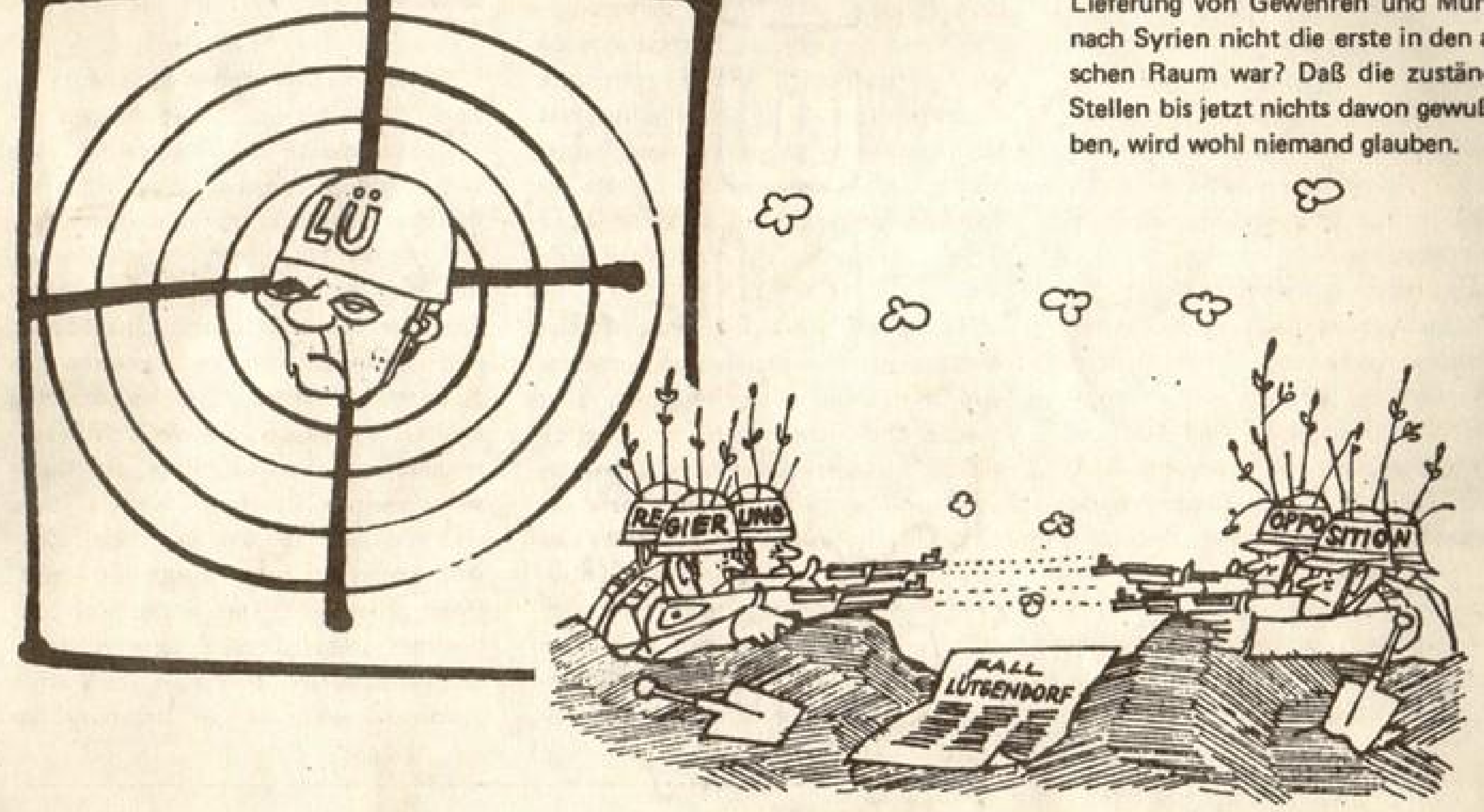
Lütgendorf, die Bourgeoisie und die Interessen des Volkes

Jagdzeit '77

Minister Lütgendorf hat wieder einmal Schlagzeilen gemacht. Zuerst durch ein Interview für die deutsche Zeitung „Die Welt", da hat er die Bewaffnung des österreichischen Bundesheeres mit Raketen verlangt. Gleich darauf geriet er im Zusammenhang mit ominösen Waffengeschäften ins Schußfeld der „Massenmedien". „Skandal" — gellte ein Aufschrei durch Österreich — und die Prominenz der österreichischen Spitzenpolitiker aller Lager warf sich vor der Öffentlichkeit wieder einmal ins Gefecht. Aber in wessen Interesse?

Wer da wem und warum ein Haxel gestellt hat, wird nicht so bald ans Tageslicht kommen. Nimmt man lediglich die bekannten Fakten, muß man sich wundern ob der gewaltigen Aufregung im Hause Österreich. Letzten Endes ist das Thema „Raketenbewaffnung" nicht neu. Über eine Änderung der diesbezüglichen Bestimmungen im Staatsvertrag wurde schon vor Jahren anläßlich des Besuchs des russischen Ministerpräsidenten Kossygin in Wien mit diesem gesprochen. Bekanntlich hat der damals erklärt, Österreich brauche keine Raketen, weil es sowieso unter dem Schutz Rußlands stehe. Außer dem Zentralkomitee der „K"PÖ hat diese Antwort in Österreich natürlich niemanden befriedigt, sind doch noch die Erinnerungen an den „Schutz" der ČSSR 1968 durch Moskau lebendig. Seitdem wurde das Thema „Raketen" wiederholt zur Sprache gebracht. Warum also heute Aufregung?

Warum heute Aufregung im Zusammenhang mit Waffengeschäften, wo sich herausstellt, daß die jetzt aufgeflogene Lieferung von Gewehren und Munition nach Syrien nicht die erste in den arabischen Raum war? Daß die zuständigen Stellen bis jetzt nichts davon gewußt haben, wird wohl niemand glauben. ➡



Vom Geschrei aller Seiten über Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs, von Gefährdung des Staatsvertrags usw. dürfen sich die werktätigen Volksmassen nicht irreführen lassen. Sie müssen sich die Antwort auf diese lebenswichtigen Fragen aus dem Studium der gegenwärtigen Weltsituation holen und daraus die Schlußfolgerungen ziehen, wie ihre ureigenen Interessen zu vertreten sind.

Entspannungsgerede ist Betrug – die Gefahr eines neuen Weltkriegs wächst!

Seit Jahren geht auf die werktätigen Menschen der ganzen Welt ein Trommelfeuer von Phrasen über „Frieden", „Entspannung", „Abrüstung" usw. nieder. Da wurden Verträge über „Begrenzung der strategischen Waffen" (SALT) zwischen Amerika und Rußland abgeschlossen und Dokumente einer „Europäischen Sicherheitskonferenz" unterzeichnet. Komischerweise wachsen aber die Waffenarsenale der beiden Supermächte trotzdem gigantisch und steigen Jahr für Jahr die Ausgaben für die Rüstung.

Das ist aber kein Zufall. Die verheerendsten Massenvernichtungswaffen aller Zeiten werden produziert, um den beiden Konkurrenten um die Weltherrschaft die Fortsetzung ihrer Politik mit militärischen Mitteln zu sichern, wenn sie mit friedlichen nicht mehr zurechtkommen. Und der Zeitpunkt des Kriegsausbruchs wird durch das Wettrüsten selbst bestimmt: Er tritt ein, wenn einer der beiden Seiten glaubt, einen Rüstungsvorsprung zu haben, der morgen schon für immer oder für lange Zeit verloren gehen kann. Das ist vom Willen der Menschen unabhängig und wurde durch die Vorgeschichte des ersten wie des zweiten Weltkriegs bewiesen, und besonders die Völker Europas – auch das österreichische – hatten diese Erfahrung mit unermeßlichem Leid und hohem Blutzoll zu bezahlen.

Nach Europa, mit seinem Wirtschafts- und Menschenpotential, strecken die beiden Supermächte auch heute wieder ihre Krallen aus. Das heißt, die werktätigen Menschen Europas sind von der neuen Kriegsgefahr besonders betroffen.

Die Völker Europas haben gerade deswegen ein sehr starkes Bedürfnis nach Frieden und Sicherheit. Dem tragen die beiden Supermächte Rechnung und reden von „Entspannung" und „Rüstungsbeschränkung". Aber in Wirklichkeit hört das Wettrüsten nicht für einen Augenblick auf. Im Gegenteil, hinter dem Rauchvorhang von „Entspannung" und „Rüstungsbeschränkung" bereiten sie umso intensiver den Krieg vor!

Das österreichische Volk will wirkliche Neutralität

Das österreichische Volk will in keinen imperialistischen Krieg mehr verwickelt werden. Es will nicht mehr für kapitalistische Profitinteressen verbluten, um die es in jedem imperialistischen Krieg geht. Es will deswegen eine Neutralität, eine wirkliche Neutralität. Neutralität bedeutet wörtlich: weder für die einen noch für die anderen. Demgegenüber steht aber der Willen der Bourgeoisie, die unter Neutralität das genaue Gegenteil versteht und sowohl mit dem einen als auch mit dem anderen mitmischen und mitnaschen will. So spielt sie eben den Diener zweier Herren.



Das zeigt die Kreisky-Regierung als Ausführungsorgan des privaten und staatlichen Monopolkapitals in ihrer täglichen Praxis ganz deutlich. Nehmen wir nur zwei Beispiele: Kreisky hat sich 1974/75 persönlich für die damals von Breschnew betriebene „Europäische Sicherheitskonferenz" (KSZE) zerrissen. Jetzt aber zerreißt er sich im Interesse der anderen, der amerikanischen Supermacht, für die Verwandlung der KSZE-Nachfolgekonferenz im Sommer 1977 in Belgrad in ein „Tribunal" gegen Rußland.

Mit dieser Politik des Dieners zweier Herren kann zwar die Kapitalistenklasse Geld verdienen, Profit machen, aber Frieden und Sicherheit für das österreichische Volk sind dadurch nicht gewährleistet, sondern im Gegenteil mehr gefährdet als je zuvor. Denn keiner der „gescheiten" Geschäftemacher in Österreichs herrschender Klasse darf sich einbilden, daß „der Schwanz mit dem Hund wedelt". Denn wenn eine Supermacht aus dem Verhalten der österreichischen Bourgeoisie Vorteil zieht zum Nachteil der anderen Supermacht, dann wird diese ebensolche Vorteile verlangen. So ein Spiel machen auf die Dauer die Supermächte nicht mit. Denn tatsächlich „wedelt der Hund mit dem Schwanz"! Das heißt daß zwei Supermächten, die auf eine Ost-West-Spaltung Österreichs 1945 bis 1955 zurückblicken können und für die unser Land im Herzen Europas auch große strategische Bedeutung hat, daß sie im gegebenen Moment unser Land und unsere Nation in zwei Teile zerreißen werden. Dann wird unser Land zum Schlachtfeld und unser Volk zum Kanonenfutter der Imperialisten.

Das Volk muß seine Interessen selbst wahren

Von ihrem grundsätzlichen Wesen her kann die Bourgeoisie niemals Garant der Unabhängigkeit unseres Landes oder der Neutralität sein. Auch eine „UNO-City" wird uns nicht vor der Einbeziehung in einen imperialistischen Krieg „retten" können, genauso wenig wie ein Bundesheer, das die herrschende Klasse ja vor allem als „Ordnungsfaktor" im Inneren gegen die Arbeiterklasse, als Faktor der Aufrechterhaltung ihrer Macht hält. Auch diese Lehren sind aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu ziehen. 1934 ließ die Bourgeoisie das Bundesheer auf die Arbeiter schießen, doch 1938 kapitulierte sie, ohne daß auch nur ein Schuß abgegeben worden wäre, vor der in Österreich einmarschierenden Hitler-Wehrmacht. Kurz darauf war unser Volk in den zweiten Weltkrieg verwickelt.

So wie damals stehen auch heute die Profitinteressen über allen Fragen der Unabhängigkeit und Neutralität. Die ganze Affäre Lütgendorf stellt für die Politiker aller Schattierungen eine gute Gelegenheit dar, die berechtigte Besorgnis der österreichischen Werktätigen über die Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs für ihre Interessen auszunützen. Während diese Herrschaften sich als Verteidiger der Neutralität aufspielen, betreiben sie hinter den Kulissen dieselben Geschäfte weiter. Diese Herrschaften kennen nur ein Ziel: Aufrechterhaltung von Macht und Profit. Dafür gehen sie letzten Endes auch über Leichen. Daher sind sie selbstverständlich nicht bereit, dem Volk die Waffen auszuhändigen, die es braucht, um Österreich neutral, ungeteilt und unabhängig zu erhalten.

Unseren Willen, uns nicht mehr in einen imperialistischen Krieg hineinziehen zu lassen, werden wir auch gegen die herrschende Klasse in Österreich durchsetzen müssen. Dabei müssen wir wachsam sein und uns vor falschen „Freunden" hüten, wie es zum Beispiel die „Friedensengel" in der „KPÖ-Führung sind. Sie wollen nichts anderes als uns geistig und materiell entwaffnen und den russischen Sozialimperialisten ausliefern.

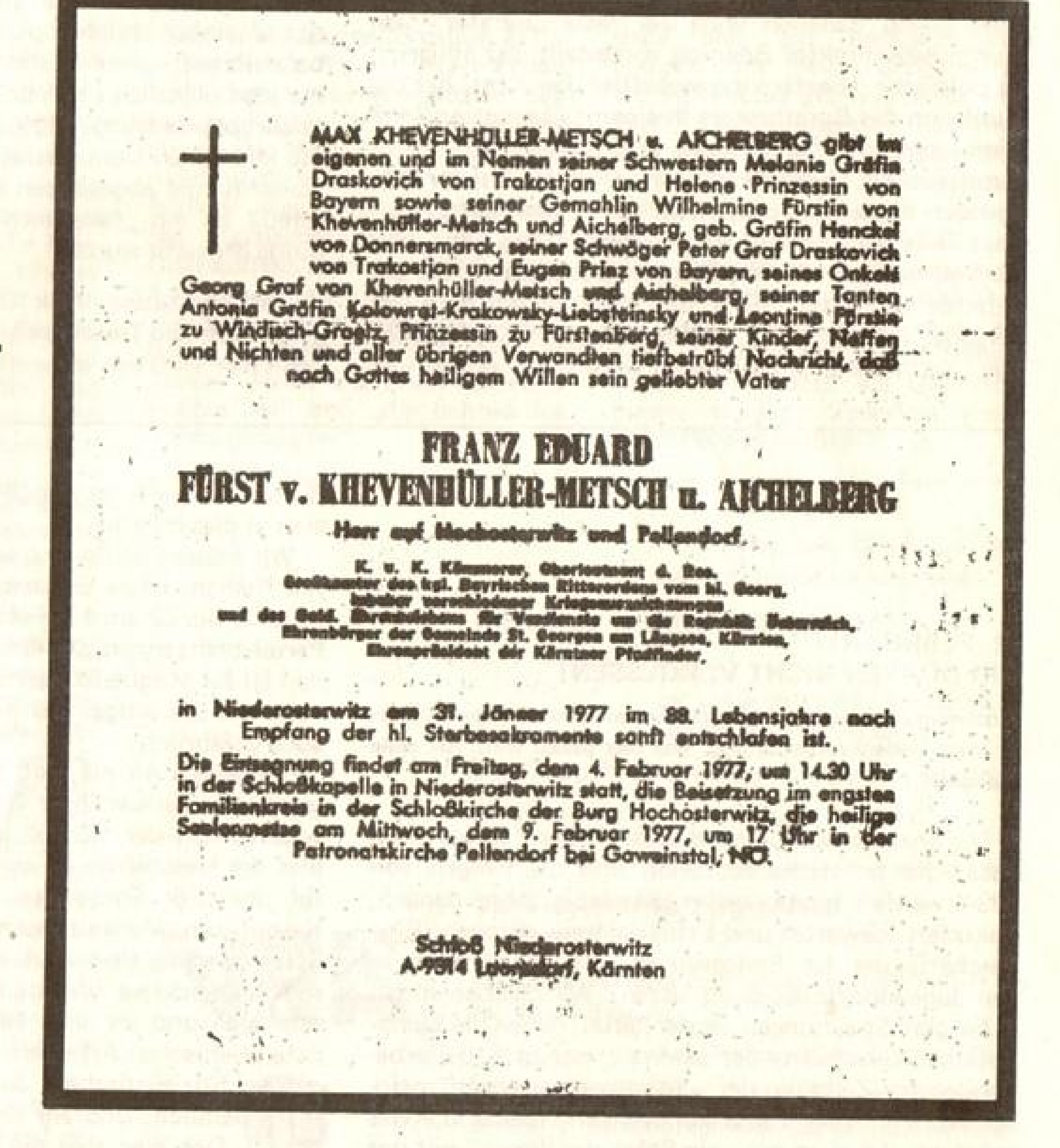
Die Garantie dafür, daß unser Land in keinen imperialistischen Krieg mehr verwickelt wird, kann nur vom österreichischen Volk selbst kommen. Wir, die werktätigen Menschen, müssen klar zum Ausdruck bringen, daß wir von jenen Völkern gelernt haben, die in einem Volkskrieg imperialistische Aggressoren verjagt und besiegt haben. Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß der Sieg der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha über die US-Aggressoren auch für uns Lehren erbracht hat. Tun wir das nicht, bleibt unser Volk Spielball imperialistischer Kriegspolitik und wird bittere Folgen zu tragen haben.

Unser Schicksal gegenüber der tödlichen Perspektive des kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftssystems selbst in die Hand zu nehmen, das ist die Aufgabe, die vor uns steht. Es schaut so aus, als wäre der Feind übermächtig und manche sagen auch, daß gegen diese Entwicklung „nichts zu machen" sei. Das schaut aber nur auf den ersten Blick so aus. Die stärkste Kraft auf der Welt stellen die arbeitenden Menschen dar. Wenn sie sich dazu entschließen, fegen sie die Handvoll kriegstreiberischer Machthaber „oben" ganz gewiß hinweg. Dazu drängt die Zeit, das ist absolut gerecht! In diesem Sinne reichen wir revolutionären Arbeiter Österreichs allen aufrichtig denkenden Menschen und patriotischen Österreichern die Hand zum Bunde. •



Gespenster der Vergangenheit

geistern in die Zukunft hinein...



MAX KHEVENHÜLLER-METSCH u. AICHELBERG gibt im eigenen und im Namen seiner Schwestern Melanie Gräfin Draskovich von Trakostjan und Helene Prinzessin von Bayern sowie seiner Gemahlin Wilhelmine Fürstin von Khevenhüller-Metsch und Aichelberg, geb. Gräfin Henckel von Donnersmarck, seiner Schwöger Peter Graf Draskovich von Trakostjan und Eugen Prinz von Bayern, seines Onkels Georg Graf von Khevenhüller-Metsch und Aichelberg, seiner Tanten Antonia Gräfin Kolowrat-Krakowsky-Liebsteinsky und Leontine Fürstin zu Windisch-Graetz, Prinzessin zu Fürstenberg, seiner Kinder, Neffen und Nichten und aller übrigen Verwandten tiefbetrübt Nachricht, daß nach Gottes heiligem Willen sein geliebter Vater

FRANZ EDUARD
FÜRST v. KHEVENHÜLLER-METSCH u. AICHELBERG

Herr auf Hochosterwitz und Pellendorf,

K. u. K. Kämmerer, Oberleutnant d. Res.
Großkanzler des kgl. Bayrischen Ritterordens vom hl. Georg,
Inhaber verschiedener Kriegsauszeichnungen
und des Gold. Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich,
Ehrenbürger der Gemeinde St. Georgen am Längsee, Kärnten,
Ehrenpräsident der Kärntner Pfadfinder,

in Niederosterwitz am 31. Jänner 1977 im 88. Lebensjahre nach Empfang der hl. Sterbesakramente sanft entschlafen ist.

Die Einsegnung findet am Freitag, dem 4. Februar 1977, um 14.30 Uhr in der Schloßkapelle in Niederosterwitz statt, die Beisetzung im engsten Familienkreis in der Schloßkirche der Burg Hochosterwitz, die heilige Seelenmesse am Mittwoch, dem 9. Februar 1977, um 17 Uhr in der Patronatskirche Pellendorf bei Gaweinstal, NÖ.

Schloß Niederosterwitz
A-9314 Launsdorf, Kärnten

Wir bringen hier das Faksimile einer Parte aus der „Presse" vom 2. Februar 1977. Ohne Kommentar. Denn der Text spricht für sich selber. Er sagt Bände. Er sagt in unscheinbarer Form, beiläufig aus, was man eh schon weiß oder wissen sollte: daß nämlich die feudalen Gespenster der k.u.k.-Vergangenheit gegenwärtig sind. Nicht allein mit offiziell „verbotenen" Titeln und Adelsprädikaten, sondern vor allem mit einem ansehnlichen Reichtum an Feldern und Wäldern und mit sonstigen einträglichen Produktionsmitteln, die ihnen unter Umständen auch beträchtlichen Einfluß verschaffen. Doch nicht das ist es, was uns veranlaßt, solche Zeitungsnotizen mit Randbemerkungen zu versehen. Es geht darum, daß die Gespenster der Vergangenheit in unsere Zukunft hineingeistern!

Die herrschende Klasse unseres Landes macht sich in einer Zeit, da – ihr vollauf bewußt! – unter dem

Deckmantel einer angeblichen „Entspannung" der dritte Weltkrieg vorbereitet wird, sehr wohl Gedanken darüber, was, wenn es „gut" ausgeht („und an was anderes wollen wir ja nicht denken!"), für sie dabei herausschauen könnte. Und sie rechnet sich gewisse Chancen aus, die alle — so oder so — auf eine Art Wiederherstellung der Donaumonarchie (mit oder ohne Habsburg, das bleibt dahingestellt) hinauslaufen.

Das derzeit gängige Stichwort lautet: „Mitteleuropa". Einst war es das Schlagwort, unter welchem Friedrich Naumann die Weltherrschaftspläne des wilhelminischen Imperialismus formulierte, die dann im ersten Weltkrieg in nichts zerronnen sind. Jetzt wird es hierzulande und außerhalb unserer Grenzen fleißig im Sinne einer „großösterreichischen" Restauration abgewandelt:

In der eingangs zitierten Ausgabe der „Presse" wird eine 70jährige Dichterin gewürdigt, die aus Czernowitz (Bukowina, früher zu Österreich, heute zur UdSSR gehörend) gebürtig ist, also, wie es wörtlich heißt, „aus der heilen Welt der Monarchie" stammt. Und gleich daneben wird der neue „Berater" von Burgtheaterdirektor Benning vorgestellt, der emigrierte polnische Theaterwissenschaftler Jan Kott, der die Funktion des Burgtheaters in einem „übernationalen" Sinn „neu definieren" soll: „im Sinne einer mitteleuropäischen Theatertradition". Und der Anlaß reichte noch für einen hochpolitischen Artikel auf der ersten Seite der „Presse" vom folgenden Tag. Dort wird betont, daß „der tiefste Sinn des Burgtheaters ein politischer ist"; daß „1918, fünf Minuten vor dem Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie" (sie „umfaßte ebenso Krakau wie Prag, Laibach und Triest, auch Budapest und Agram", erinnert der Autor), vom damaligen Generalintendanten der Hoftheater ein ähnlicher Plan erwogen worden war, daß „die Zone, die wir Mitteleuropa nennen, von einer kulturellen Tradition geprägt ist, die über die in ihr lebenden Nationen und Gesellschaftsysteme hinaus Gemeinsames und Verwandtes hat". Und wieder: In eben dieser Nummer findet sich ein Nachruf auf den früheren Präsidenten der Industriellenvereinigung Franz Josef Mayer-Gunthof, der u. a. als „ein Monarchist, der der Republik treu gedient hat", gepriesen wird und wo es bezeichnenderweise heißt: Heute „ist die Welt in Gärung, Mitteleuropa eine Erinnerung (oder eine Hoffnung, je nachdem), Österreich hat sich endlich wiedergefunden."

Dieses „je nachdem" ist so bezeichnend: Je nachdem, wie nämlich der unvermeidliche kriegerische Zusammenstoß der beiden Supermächte, USA und Rußland, mit denen die imperialistische österreichische Bourgeoisie, als Diener zweier Herren, mitmischen und mitnaschen will, ausgeht. In diesem Sinn ist auch das scheinbar philantropische Getue rund um die Erdbebenkatastrophe im italienischen Friaul zu verstehen, wo jetzt plötzlich eine nach Österreich lugende „Mitteleuropabewegung" aufgekommen ist. Und ebenso die kürzlichen Demonstrationen in Triest, wo die alte Kaiserhymne abgesungen und gleichsam für den Anschluß an ein „österreichisches Mitteleuropa" Stimmung gemacht wurde.

Das werktätige Volk Österreichs darf an solchen gespenstischen Träumereien nicht achtlos vorbeigehen; denn hier wird mit seinem Leben gespielt! •

---

12. FEBRUAR: WIR DÜRFEN NICHT VERGESSEN!

(Entnommen einer Einladung der Sozialistischen Jugend Tirols zu ihrer Gedenkveranstaltung. Was hier gesagt wird, hat volle Gültigkeit.)

Die Sozialistische Jugend gedenkt der Februarereignisse, die politische Situation und die Folgen von 1934 werden heute, mehr als vierzig Jahre danach, diskutiert, bewertet und Lehren daraus gezogen: Eine Beschäftigung für Ewiggestrige, die eben heute in den Jugendorganisationen sitzen? Wir glauben nicht. Es gibt Strömungen in der Partei, denen die kämpferische Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung im Zeitalter der „Sozialpartnerschaft" peinlich ist. Mit dieser Vergangenheit kann niemand etwas anfangen, der eben nur „ein Stück des Weges" mit uns gehen will. Der Kampf der schweren Zwischenkriegsjahre war kein Kampf um „Stücke", er war der bewußte Kampf um die große Alternative.

Der 12. Februar ist ein Anlaß nachzudenken; nicht für die Liberalen in der SPÖ, sondern für die Sozialisten in dieser Partei.

Wir müssen achtgeben auf die Entwicklung in unseren Reihen: Ist es Gedankenlosigkeit, wenn ein Tiroler SPÖ-Bezirk am 12. Februar (mit Pokalspenden des Parteivorsitzenden Dr. Bruno Kreisky) ein Rodelrennen (!) für Mitglieder veranstalten will? Abgesehen davon, daß Derartiges geschmacklos ist, scheint es uns auch gefährlich:

Vergessen wir nie, daß für eine sozialistische Bewegung der Verlust ihrer Geschichte zugleich und unwiderruflich der Verlust ihrer Substanz ist. Der Verlust der Geschichte ist auch der Verlust der Zukunft für uns. Für Sozialisten, denen Wahlsiege und der Kampf um Verwaltungsfunktionen im bürgerlichen Staat zuwenig sind, muß klar sein, daß unsere politische Perspektive ideologisch und emotionell in der schweren und im Jahr 1934 bitteren Geschichte des österreichischen Arbeiters liegt.

Der Sozialistischen Jugend ist diese Geschichte nicht peinlich. Und wir sind auch nicht bereit, zu vergessen. Der Weg, den die Arbeiterbewegung der letzten Jahrzehnte gegangen ist, ist getränkt vom Blut der neuen Faschismen: Chile, Griechenland, Portugal, Spanien, Südamerika. Das ist Grund genug, wachsam zu sein! •



Es geschah vor einer kleinen Trafik in Wien-Hietzing. Immer wieder wurden ganze Packen jener Zeitungen gestohlen, die dort allnächtlich angeliefert werden (der Schlitz im Rolladen ist zu schmal, so daß die dicken Bündel nicht eingeworfen werden können). Nun hatte die Trafikantin zwar vorerst keinen finanziellen Schaden, weil ihr die Zeitungsverlage nach zwar aufreibendem, doch erfolgreichem Papierkrieg das gestohlene Gut jeweils ersetzten. Aber es waren immerhin ihre Nerven und ihre Freizeitstunden, die da draufgingen. Was hätte die Frau also tun sollen? Warten auf die Polizei? Da könnte sie genauso gut warten auf Godot, denn die Polizisten sind bekanntlich mit dem verkehrserzieherischen Strafmandateschreiben und mit Spitzeldiensten für die hohe Obrigkeit derart ausgelastet, daß ihnen eine Diebstahlsanzeige nur noch ein müdes Lächeln entlockt.

Die Trafikantin beschloß, auf eigene Faust zu handeln. Sie legte sich nächtlicherweilen in ihrem Laden auf die Lauer und wartete; nicht auf Godot oder auf die Polizei, sondern auf den Dieb. Und er kam auch prompt und griff nach einem Packen Zeitungen. Da begann die Frau zu schreien. Der Dieb ließ seine Beute fallen und wetzte davon, jedoch er kam nicht weit, denn ein Taxifahrer hielt ihn fest.

Vor Gericht sahen die Beteiligten einander wieder, und wäre der Dieb ein Arbeiter oder sonst ein verdächtiges Subjekt gewesen, dann hätte er wohl nach kurzer Verhandlung sein Schmalz bekommen. Doch nichts dergleichen war der Fall. Weil der Angeklagte kein kleiner Fisch, sondern ein Geschäftsmann war, deshalb wandelte sich der sonst so gestrenge Erzengel hinterm Richtertisch offenbar zum behütenden Schutzengel, dem vor allem daran lag, die häßlichen Spuren der noch druckfeucht geklauten Zeitungen von der weißen Weste des Geschäftsmannes zu wischen. Und anstatt den Langfinger zusammenzustauchen, schnauzte er die Trafikantin an.

Empört berichtete sie nachher: „Er hat den Akt in der Hand gehalten und damit herumgefuchtelt. ‚Schaun Sie sich das an, schaun Sie, was Sie da angerichtet haben', hat er gesagt. ‚War das notwendig? Warum stellen Sie sich wegen so was hin? Sie kriegen ja die Zeitungen sowieso ersetzt. Wollen Sie einen Geschäftsmann ruinieren?'"

Ein Glück für den bürgerlichen Angeklagten war es überdies, daß unsere bürgerliche Rechtsprechung über jede Menge Gummiparagraphen verfügt, so daß es nur am Richter liegt, sich den gewünschten herauszusuchen. Der Herr Oberlandesgerichtsrat griff zum § 42 des neuen Strafgesetzbuches, welcher es ermöglicht, einen Täter laufen zu lassen, wenn die Tat „keine oder nur unbedeutende Folgen hat" und „die Schuld des Täters gering ist".

„Gut so — wegen einer einmaligen Dummheit, wegen einer Lappalie soll ein unbescholtener Mensch nicht gleich als vorbestrafter Verbrecher gebrandmarkt werden", schlußfolgerte daraufhin eine Tageszeitung. Na schön. Man könnte sich dieser Meinung ohne weiteres anschließen, sofern, vorausgesetzt, die Milde des § 42 käme allen Klassen gleichermaßen zugute. Doch just mit der Gleichheit vor dem Gesetz pflegt es zu hapern, denn wo bleiben die Schutzengel, wenn nicht ein Geschäftsmann, sondern irgendein armer Teufel etwas ausfrißt? •

Am Freitag, dem 18. Februar 1977 beginnt unsere Schulungsreihe

ÜBER DIE BÜROKRATISCHEN KAPITALISTEN

im Lokal der VRA, Wien 20, Universumstraße 40, 20.00 Uhr:

Der Doppelcharakter des Kapitals

Funktionierendes und zinstragendes Kapital

Am Freitag, dem 25. Februar 1977:

Der Vergesellschaftungsprozeß im Kapitalismus

Konzentration und Zentralisierung des Kapitals bis zur Verstaatlichung

Am Freitag, dem 4. März 1977:

Verwandlung eines Teils der Arbeiteraristokratie in funktionierende bürokratische Kapitalisten

Am Freitag, dem 11. März 1977:

Die bürokratischen Kapitalisten im heutigen Rußland

VRA

☎ **33 87 774**

„Stierkampf? A matte Sache. Simmering–Kapfenberg, das nenn' ich Brutalität!" urteilte einst der weitgereiste Travnitschek. Die Kapfenberger Berufsfußballer wurden inzwischen aus der obersten Spielklasse verdrängt, aber beinharte Fouls gibt es in der „Böhler"-Stadt auch heute noch. Zumindest beim Kassieren:

Bluttransfusion für Profisportler – auf Kosten der Arbeiter?



Eine eigenartige Auffassung von Demokratie und von Interessensvertretung haben die sozialistischen Arbeiterbetriebsräte der VEW-Kapfenberg (Böhlerwerke). Bei einer Betriebsversammlung im November wurde durch eine höchst fragwürdige Abstimmung beschlossen, von allen Arbeitern ab sofort monatlich zehn Schilling als Sportbeihilfe für den Kapfenberger Sportverein, KSV, zu kassieren. Die „Abstimmung", bei der übrigens nur die Arbeiter der Frühschicht anwesend waren, erledigte man sehr rasch mit der einfachen Frage: „Wer ist dagegen?". Es ist wohl jedem klar, daß bei dieser raffinierten Überfallstaktik kaum jemand zum Aufzeigen kam bzw. aus berechtigter Furcht vor Repressalien kaum jemand aufzuzeigen wagte. Bei der nächsten Lohnauszahlung kam es allerdings zu massiven Protesten. Daraufhin drohten die Betriebsräte ganz entrüstet, daß sie sich überhaupt aus dem Sport zurückziehen würden, wenn die Arbeiter selbst zu keinen Opfern bereit seien. Doch ein Großteil der Arbeiter ließ sich nun nicht mehr einschüchtern und sie erreichten, daß der Betriebsrat das Geld zurückzahlen mußte, nachdem sie ihre Weigerung, die Sporthilfe zu zahlen, durch Unterschrift bestätigt hatten.

H. K., Steiermark ●

DIE LOHNERHÖHUNG 1977 FÜR LEHRER IST EIN HOHN

Mit Anfang dieses Jahres trat die zweite Etappe der Lohnerhöhung auch für Lehrer in Kraft, die April letzten Jahres von Gewerkschaft und Gebietskörperschaften ausgehandelt wurde. Die Bruttolohnerhöhung – ganze eineinhalb Prozent – beträgt demnach z. B. für Vertragslehrer (IL/I1) der Entlohnungsstufe 1-4 ab Jänner 1977 absolut 138 Schilling – ein „umwerfender" Betrag. Schaut man sich jedoch den Netto-Lohnzuwachs an, muß man sich richtig verhöhnt vorkommen. Nach den Abzügen – ab 1. 1. 1977 wurde ja auch die Bemessungsgrundlage der Sozialversicherung erhöht – kommt der geradezu unglaublich lächerliche Netto-Betrag von 28 Schilling heraus; das wortwörtliche Butterbrot mit ein paar Wurstscheiben darauf (nicht einmal ein halbes Prozent vom Nettolohn). Mehr als ein Hunderter fliegt in den Rachen der Sozialversicherung und des Steuervampirs.

Auf so eine Verspottung kann man zunächst wohl nur mit Galgenhumor reagieren. Dies wird auf die Dauer jedoch nicht genügen; auch für die Lehrer gilt: wenn sie sich nicht selbst auf die „Hinterbeine" stellen und sich gemeinsam rühren (auch sie werden das lernen müssen), werden sie zunehmend mehr geschröpft werden (und noch den Spott dazu haben). Den kalten Wind der Einsparungen bekommen die Lehrer schon recht deutlich zu spüren: – in Dienstpostenstopp, Überstundenabbau, hohen Klassenschülerzahlen (besonders an den AHS und BHS) usw. Wollen sie sich wirksam zur Wehr setzen, ist auf die Gewerkschaft allein offensichtlich zu wenig Verlaß. Deshalb sollten die Lehrer erkennen, daß sie gemeinsam eigentlich auch eine große Kraft darstellen. Auf die sollten sie sich besinnen, diese sollten sie für die Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen. ●

Ein Leserbrief

ZUM THEMA „LEHRERSTOPP"

In einer der letzten „Volksmacht"-Nummern habt Ihr einen Artikel zum „Lehrerstopp" gebracht. Diese Frage ist derzeit unter den Studenten aktuell, weil sie ja unmittelbar die Zukunft vieler von uns betrifft.

„Die Krise und die Belastungen für uns hören nicht mehr auf, mag uns noch soviel vorgegaukelt werden. Schau nur, was die jetzt mit den Lehrern vorhaben". Das sagte mir ein einfacher Arbeiter von der Eisenbahn in einem Gespräch im vergangenen Sommer. In Eurem Artikel kommt dasselbe zum Ausdruck: der Lehrerstopp ist nicht zu trennen von der ganzen Belastungswelle, er hat dieselbe Wurzel – den Kapitalismus.

Bildung ist eine sehr gute Sache, und wenn die arbeitenden Menschen erst den Kampf gegen die immer schärfer werdende Ausbeutung aufgenommen haben, dann werden sie auch für mehr und bessere Bildung kämpfen – gegen verfaulte, bürgerlichen Hirnen entstammende Ideen. In den letzten Jahren wurde sehr viel von „Bildung" gesprochen. Es wurde uns das Blaue vom Himmel herunter versprochen, auch schon von früheren Regierungen: alle werden Zugang zur Bildung haben, Bildung gehöre schließlich zum Menschen dazu usw.

War das ehrlich gemeint? Wer diesem Gerede geglaubt hat, wird jetzt vor den Kopf gestoßen: Einsparungen auf allen Gebieten (Schulbau, Lehrmittel, übervolle Klassen usw.) bis hin zum Lehrerstopp sind die neuen Trümpfe in der Bildungspolitik. Das alles ist nur zu erklären, wenn man diesen Dingen auf den Grund geht, und ihre Wurzel ist eben der Kapitalismus. Zuerst hat man Fachkräfte, ausgebildete Leute für Wirtschaft, Verwaltung usw. gebraucht, darum war viel von „Bildung" die Rede. Die „neue Mode" im Bildungswesen: jetzt ist Krise – darum Schluß mit dem Bildungstheater! Kein Groschen zuviel mehr dafür! (Was „zuviel", „ausreichend", „zuwenig" ist, wird nach Gutdünken der Oberen festgelegt.)

Und schon geht wieder ein anderes Gerede los; nicht mehr mit „Chancengleichheit" wird herumgeschwindelt, sondern man sagt wieder offener: die einen sind eben gescheit, die anderen dumm. Wie es damit steht, habe ich während meiner Schulzeit oft und oft beobachten können: die Kinder „besserer" Eltern sind in der Regel gescheit (weil das „Rundherum" stimmt – Protektion usw.), die Kinder einfacher Eltern sind in der Regel halt nicht so gescheit: die „gehobene", „feine" bürgerliche Denkungsart ist ihnen fremd; sie werden also aus der Schule hinausgeekelt, mit den Eltern wird umgesprungen usw.

In Wirklichkeit geht es da weniger um „dumm" oder „gescheit", sondern darum, daß die herrschende bürgerliche Klasse um jeden Preis ihre Herrschaft über die Werktätigen aufrechterhalten will. Die Kinder „besserer" Eltern sind aber besser als Bonzennachwuchs geeignet. (Daß „hohe Herkunft" auch heute noch von Vorteil ist, wird natürlich nicht gerne zugegeben.)

Jetzt steht also eine große Zahl selbst der für „gescheit" Befundenen (mit Matura, abgeschlossenem Studium usw.) vor der Tatsache, daß sie keinen „guten Posten" bekommen, keine große Karriere machen können. Es werden dadurch viele Studenten zum Nachdenken gezwungen. Hier muß meiner Ansicht nach ein marxistischer Student einzuhaken imstande sein. Er muß aufzeigen können: der Student und jeder Intellektuelle kann zwei Wege einschlagen. Der eine ist, er sucht seinen persönlichen Vorteil, will um jeden Preis Karriere machen, ein neuer Bonze werden, sich zu einem „privilegierten Diener des Kapitals" entwickeln. Dieser Weg ist heute einer stark wachsenden Zahl wegen des herrschenden „Überangebots" gar nicht mehr möglich. Der zweite ist, er will seine Fähigkeiten ganz „normal" wie jeder andere Mensch in den Dienst der Produktion stellen, der gerechten Sache der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen widmen, will mit ihnen um eine bessere Zukunft kämpfen. Mao Tsetung, der sein Leben lang vom Standpunkt des Volkes aus gedacht hat, sagt es sehr



Alma mater – nährende Mutter (aber nur für Protektionskinder)

einfach: „Das Studium ist eine gute Sache, nicht, damit du Karriere machen kannst, sondern damit du imstande bist, für das Volk zu arbeiten. Natürlich wirst du beim Studium auch Schwierigkeiten haben. Aber solange du dir bewußt bist, dem Volke zu dienen, wirst du alle Schwierigkeiten überwinden." („Mit Vorsitzendem Mao auf dem langen Marsch", S. 122.)

Je besser die jetzt vom „akademischen Überangebot" betroffenen Studenten und Intellektuellen die Wurzeln der ganzen Situation erkennen, desto leichter werden sie sich dafür entscheiden können, all ihre Fähigkeiten und Kenntnisse gegen die Bonzen einzusetzen. Sie werden sich dann mit den Arbeitern, Bauern, allen werktätigen Menschen verbinden, von ihnen lernen (anstatt die „Obergescheiten", die sie in Wirklichkeit gar nicht sind, zu spielen), mit ihnen für eine bessere Zukunft kämpfen. Sie werden sich bemühen, ihre unbestritten vorhandene Neigung zu persönlicher Karriere, ihren Egoismus zu beseitigen. Das soll nicht heißen, daß sie keine ihrer Ausbildung entsprechende Stellung bekleiden sollen; es kommt immer darauf an: willst du dem Volke dienen, dann wirst du auch eine solche Stellung zum Vorteil des Volkes ausnutzen; oder du willst dich gegen das Volk stellen.

Unter den Studenten aufklärend zu wirken und die politische Erkenntnis zu erweitern, ist die Aufgabe marxistischer Studenten; und nicht, Krawalle zu inszenieren, an den Studenten „vorbeizupolitisieren" oder sie als „unbrauchbar" abzustempeln.

F. M., Tirol ●

Hetze gegen aufrechte Bauernkämpfer

Wenn es um Wählerstimmen bei der Kammerwahl geht, wissen die SP-Bonzen, daß auch bei der ÖMV Nebenerwerbsbauern beschäftigt sind. Da besuchen sie diese sogar am Arbeitsplatz, reden von ihrer „Sorge" um die kleinen Bauern, womit sie Stimmenfang betreiben wollen. Man erinnert sich ja noch an einen diesbezüglichen Besuch Minister Haidens im Erdölfeld.
Gegen kämpferische Bauern, die für ihre Interessen aktiv eintreten, entfalten aber die gleichen Bonzen eine massive Hetze. Diese Hetze richtet sich aber nicht nur gegen die berechtigten Forderungen kämpferischer Bauern, sondern gleichermaßen gegen alle arbeitenden Menschen.

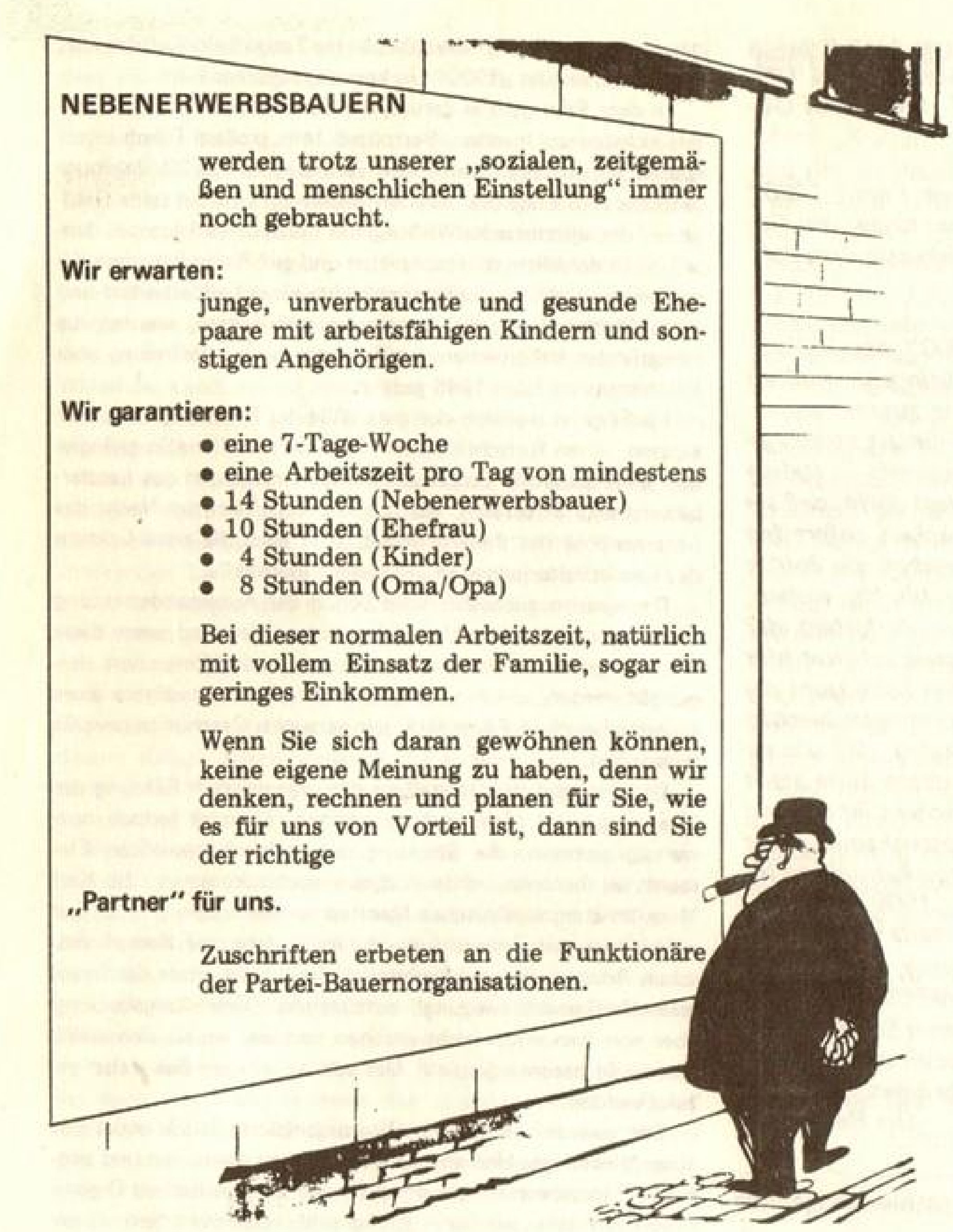
Die Vorgeschichte

Jeder weiß noch, daß im Juli 1976 zwischen Bauernkammer und Regierung ein Vertrag über eine Erhöhung der Produzentenpreise für Getreide und Milch abgeschlossen wurde. Unter der Masse der kleinen und mittleren Bauern, besonders aber unter den Bergbauern, herrschte darüber damals große Empörung, waren diese Erhöhungen für sie ja wirklich lächerlich. Diese Empörung stieg noch, als bekannt wurde, daß den Bauern zwar für Milch erster Qualität nur um 20 Groschen pro Liter mehr bezahlt, der Konsumentenpreis pro Liter aber um 1,20 Schilling erhöht werden soll. (Das ist mittlerweile ja geschehen.)

Daraufhin besetzte eine Gruppe von Kärntner Bergbauern die Landwirtschaftskammer in Klagenfurt und trat in den Hungerstreik, um für ihre harte Arbeit auch eine gerechtere Entlohnung zu erhalten. Diese Aktion fand besonders unter den Kärntner Bauern große Unterstützung, es kam zu Traktordemonstrationen von mehr als 1.500 Bauern. Aber auch unter den Arbeitern und Konsumenten fand der Bauernkampf Solidarität und Unterstützung. Die SP-Regierung kam in große Bedrängnis angesichts dieser auf die eigene Kraft gestützten kämpferischen Aktion.

Jeder weiß auch, daß die „K"PÖ-Führung jede Gelegenheit benützt, um ihre Rolle als Handlanger der russischen Sozialimperialisten zu vertuschen und den arbeitenden Menschen vorzugaukeln, sie vertrete deren Interessen. So hat damals auch das ZK-Mitglied und KP-Betriebsratsobmann der ÖAF – Schmied – an die im Kampf befindlichen Bauern im Namen der Arbeiter der ÖAF ein Solidaritätstelegramm geschickt. Dafür haben sich die Bauern in einem Antworttelegramm an die Arbeiter der ÖAF bedankt. Warum sollten sich damals nicht auch ÖAF-Arbeiter mit den kämpferischen Bauern solidarisch gefühlt haben? Das haben viele Arbeiter getan – auch in der ÖMV. ➡





Die Hetze gegen kämpferische Bauern

Im November (!) plötzlich wird in der SP-Zeitung für die ÖMV-Arbeiter gegen die kämpferischen Bauern vom Juli 1976 massiv gehetzt. Offensichtlich nicht ohne Grund, offensichtlich ist der Kampf um Einheit zwischen Arbeitern und Bauern um ihre Interessen, den in der ÖMV Genossen der VRA führen, den SP-Bonzen ein Dorn im Auge; zumal im Erdölfeld ziemlich viele Arbeiter daheim auch eine kleine Landwirtschaft haben, was von gewissen Leuten oft genug zu Sticheleien und zur Spaltung der Arbeiter im Betrieb selbst ausgenützt wird. Außerdem stand im November ja auch die massive Milchpreiserhöhung vor der Tür. So heißt es also in der SP-Zeitung für Erdölarbeiter, daß Schmied, der „K"P-Betriebsratsobmann der ÖAF, mit „den rechtesten Gruppen der Kärntner Bauern" gepackelt, mit der „rechtsradikalsten Gruppe der Bauern" eine „Liebelei" begonnen hätte. Im bewußten Artikel – „KP packelt mit Bauern" („Österreichischer Erdölarbeiter" vom November 1976, Seite 16) – wird dann noch zum Ausdruck gebracht, daß faktisch die kämpferischen Bauern schuld an den steigenden Preisen bei Brot und Milchprodukten seien, was aber der SP-Regierung in die Schuhe geschoben werden solle.

Was wird da ausgedrückt? „Rechtsradikal" heißt faschistisch! Das ist wahrhaftig unverschämt und empörend. „Packelei zwischen Bauern und KPÖ" wieder soll Solidarität zwischen Arbeitern und Bauern verhindern, weil man sich damit die Ablehnung der Agenten Moskaus in der „K"PÖ-Führung durch die werktätigen Massen zunutze machen will.

Diese Hetze ist bewußt und richtet sich gegen die Interessen aller arbeitenden Menschen

Man muß erkennen, daß sich diese Hetze nicht nur gegen die kämpferischen Kärntner Bauern vom Juli 1976 richtet, sondern gegen alle arbeitenden Menschen überhaupt.

Indem man die Bauern für die Preissteigerungen bei Getreide- und Milchprodukten verantwortlich machen will, lenkt man von ihren wahren Feinden ab – den Großkapitalisten der Nahrungsmittelindustrie, den Mühlen- und Molkereibesitzern, dem Großhandel. Denn natürlich fragen sich die Konsumenten, wieso es das gibt, daß 20 Groschen pro Liter Milch mehr für die Bauern den Preis für die Konsumenten um 1,20 in die Höhe treiben muß, wo doch noch dazu sämtliche Milchprodukte im Preis ebenfalls saftig angehoben wurden.

Der entscheidende Grund liegt aber darin, daß die Bonzen – egal, wo sie sitzen, ob in der SP-Regierung oder in der ÖVP-Industriellenvereinigung – von der Beispielswirkung des Bauernkampfes im Juli 1976 Angst haben. Deshalb diese ungeheuerliche Hetze, „rechtsradikale", also faschistische, Bauern hätten diesen Kampf geführt. Denn nicht wenige Arbeiter haben damals die Meinung vertreten, daß auch die Arbeiter auf solche Art – also gestützt auf die eigene Kraft – ihre Interessen verteidigen müßten, denn auf die Gewerkschaftsführer sei sowieso kein Verlaß, diese sicherten ja nur den Unternehmerprofit.

Man braucht sich nur die Äußerungen der diversen Bonzen in Erinnerung rufen, die sie damals von sich gegeben haben, dann erkennt man, daß diese Behauptung stimmt. Ihre Angst war damals riesengroß, daß die Arbeiter sich an den kämpferischen Bauern ein Beispiel nehmen. Deshalb ihre massiven Bemühungen, den Bauernkampf in Kärnten zum Scheitern zu bringen und zu verteufeln. Denn sie wissen, daß sie gegen einige, kämpfende, werktätige Menschen nichts zu bestellen haben, wenn sich diese erst einmal auf ihre eigene Kraft besonnen haben.

Nun, wenn die Machthaber noch so viel hetzen, eines Tages werden die werktätigen Menschen – Arbeiter, Bauern, Intelligenz – doch zur Einheit finden und ihre Interessen zu wahren wissen. ●

ANREGUNG ZU EINER DISKUSSION AUF EINEM GEBIET, DAS VERSTÄNDLICHERWEISE IN UNSERER ZEITUNG NOCH NICHT OFT AUFGEGRIFFEN WURDE

Wir haben einen Leserbrief zu dem Film „1900" erhalten, den wir gemeinsam mit einer Kritik von Genossen unserer Organisation zur Diskussion stellen. Dazu aber noch eine Vorbemerkung:

Um die Kosten für den Film „1900" des italienischen Regisseurs Bertolucci aufzubringen, mußten sich zwei riesige Hollywood-Konzerne zusammentun. Was bewegt diese Konzerne, einen Film zu produzieren, der die Geschichte der Klassenkämpfe in Italien zum Thema hat? Der Grund dafür liegt darin, daß sie die Probleme der werktätigen Menschen aufgreifen müssen, wenn sie diese beeinflussen und an die Politik der herrschenden Kapitalistenklasse binden wollen, was ja neben Profitmacherei zu den Aufgaben der Filmindustrie gehört. Die Filmindustrie arbeitet hier in zweierlei Richtungen. Auf der einen Seite steht die Produktion von nihilistischen und pornographischen Machwerken, die uns weismachen sollen, daß unsere Situation ausweglos ist. Auf der anderen Seite steht die Produktion von scheinbar fortschrittlichen und revolutionären Filmen, die den Klassenkampf zwar zum Thema haben, ihn aber seines revolutionären Inhalts berauben. Ein solcher Film ist „1900". Die Produktion eines solchen Filmes ist einerseits ein Zeichen der Stärke der revolutionären Bewegung, weil sich die Menschen mit dem alten reaktionären Schmus nicht mehr zufrieden geben. Auf der anderen Seite beweist sie, mit welchen geschickten Methoden die Kapitalisten ihre Ansichten unter die Leute bringen.

Die Redaktion

Bertoluccis „1900" – die bloße Sympathiekundgebung genügt nicht!

Die Tintenkulis der Trottoirblätter waren sprachlos. Zu B. Bertoluccis Film „1900" fiel ihnen nichts mehr ein. Denn, so „Krone" und „Kurier" einhellig: das sei ein kommunistischer Film. Auch der Filmverleih suchte sein Unbehagen mit einem zugkräftigen Trick zu überspielen. Anknüpfend an das Sexfilmimage Bertoluccis („Der letzte Tango in Paris") glaubte man, „1900" leichter unter die Leute bringen zu können.



Aber genau so wenig, wie „Der letzte Tango" ein Sexfilm war, genau so wenig ist „1900" ein kommunistischer Film.

In dem Film geht es darum, die Geschichte der Unterdrückten sichtbar zu machen. Bertolucci (mit großem Filmbudget) spannt seinen Geschichtsbogen vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des zweiten Weltkriegs (worauf seine Geldgeber, die agitatorische Wirkung des Films überschätzend, denselben in der Mitte durchschnitten und auf Raten in unsere Kinos bringen). An der Lebensgeschichte eines Landarbeiters und eines Gutsbesitzers, die gemeinsam aufwachsen, werden die Kämpfe der italienischen Landarbeiter bis zur Befreiung vom Faschismus im Jahre 1945 gezeigt.

Im Film ist deutlich der gute Wille des Filmemachers zu erkennen, einen fortschrittlichen Film herzustellen. So gelingen ihm eindrucksvolle Einzelszenen: das Anwachsen des Landarbeiterstreiks in Bildern, wo durch das Dunkel der Nacht das Laternenlicht der Bauern dringt, oder auch die erste Lektion des Landarbeiterjungen in „Klassensolidarität"...

Doch wenn auch über viele Seiten der Auseinandersetzung zwischen den Klassen Material geboten wird und wenn diese Beziehungen auch noch so ausführlich und differenziert dargestellt werden, so kann das doch nicht die Hauptaufgabe eines kommunistischen Films sein, der versucht, Geschichte bewußt zu machen.

Die Aufgabe des Darstellens der organisierten Führung der Bewegung wird nicht wahrgenommen. Es wäre jedoch notwendig gewesen, die Stärkung des politisch bewußten Elements zu betonen, einer Aufgabe nachzukommen, die Karl Marx im Kommunistischen Manifest so beschreibt: „... in den verschiedensten Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung" aufzuzeigen. Diese Aufgabe wird aber von Bertolucci nicht gesehen und da, wo sie sich stellt, nachlässig heruntergespielt. Das soll an einigen Beispielen gezeigt werden:

Der von der Landarbeiterliga organisierte Streik endet mit einer Niederlage. Und abgesehen von einer spontanen und siegreichen Hausbesetzung werden Fragen der politischen Organisation nur sehr symbolisch und sehr verschwommen dargestellt: So ist zwar von den „Bolschewiken" die Rede, aber dabei und bei einigen Andeutungen – im „Volkshaus" hängen z. B. die Bilder von Marx und Lenin – bleibt es leider auch.

Was dann den Rest ausmacht, ist die offenbare Erkenntnis des Filmemachers, daß die Geschichte eine Geschichte von Kämpfen ist, und der Wunsch, sich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen. Doch genügt die bloße Sympathiekundgebung nicht. Dargestellt, wenn auch schwierig, müßte werden, was in diesen Kämpfen den entschiedensten, bewußtesten, den weitertreibenden Teil ausmacht.

Von Bertolucci heißt es, daß er seinen Film als „rote Fahne" sehen möchte, die den Arbeitern der ganzen Welt leuchten soll. Aber, seien wir uns ehrlich, was bei diesen Bestrebungen rot herumflattert, sind die Zungen diverser gutgesinnter Künstler, die keuchend hinter der Arbeiterbewegung dreinflitzen, um nicht den Anschluß zu verpassen. Sie werden einen Zahn zulegen müssen.

H. Sch., Wien ●

Reaktion „unter roten Fahnen"!

Auch wir sind der Ansicht, daß es in einem fortschrittlichen Film notwendig ist, politische Zusammenhänge zu erklären, das Positive und Revolutionäre in den dargestellten Kämpfen hervorzustreichen. Wir sind ebenfalls der Meinung, daß dies in dem Film keineswegs geschieht. Aber die Kritik darf dabei nicht stehenbleiben.

Folgende Szene hat H. Sch. gut gefallen: Unter dem nächtlichen Sternenhimmel der Emilia bespricht eine Gruppe von Landarbeitern am Lagerfeuer ihre elende Lage. Während ein alter, angesehener Arbeiter an der Durchführbarkeit des Streiks zweifelt, flackern ringsum Lichter auf, die anzeigen, daß der Streik bereits begonnen hat. Die aufflammenden Lichter überzeugen den alten Arbeiter, und die Gruppe beschließt, ebenfalls in den Streik zu treten. Nichts über den kämpferischen Willen der Landarbeiter, nichts über ihre Organisierung. Motto: Wenn du glaubst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her.

Wer aber Kämpfe nicht erklären kann, der kann auch Niederlagen nicht erklären. Wie endet „die erste Lektion des Landarbeiterjungen in ‚Klassensolidarität'"? Die Kinder der streikenden Landarbeiter werden vom Industrieproletariat zu einem Erholungsurlaub eingeladen. Sie besteigen einen mit roten Fahnen geschmückten Zug, der in einem Tunnel verschwindet. Aus dem Tunnel heraus kommt ein Transportzug der Armee, der die Söhne der Landarbeiter auf das Schlachtfeld des imperialistischen Krieges bringt. Warum kam es eigentlich zu diesem Krieg? Waren vielleicht die streikenden Landarbeiter daran schuld? Die tatsächlichen Zusammenhänge bleiben im dunkeln, im Tunnel.

Wenn Bertolucci schon nicht in der Lage ist, die Ursachen und die inneren Zusammenhänge des Klassenkampfs darzustellen, um wieviel weniger vermag er dann den gestalterischen Willen und die revolutionäre Kraft der kämpfenden Arbeiter und Bauern zu erkennen, geschweige denn zu zeigen (was angesichts seiner Mitgliedschaft in der KP Italiens und seines Bankkontos auch nicht verwunderlich ist).

Was interessiert dann aber den Herrn Bertolucci? Das, was ihn auch schon als Regisseur des „Letzten Tango in Paris" fasziniert hat: Bauch und Unterleib. Die Landarbeiter, die bei ihm vorkommen, haben keine politischen Ideen, keine Organisation. Sie haben eine „urwüchsige, bäuerliche Moral", deren ein und alles die Befriedigung leiblicher und sinnlicher Gelüste ist: Fressen, Saufen, Geschlechtsverkehr. Darin unterscheiden sie sich auch nicht von den Klassenkumpanen des Herrn Bertolucci, den von ihm viel lebensechter gezeichneten Bourgeois und Großgrundbesitzern. Er unterjubelt den Bauern seine Moral, seine reaktionäre und dekadente Ideologie. Indem er den Bürger als Bauer verkleidet, holt er sich besonders prickelnde Sensationen. Massenverachtung und Voyeurismus – zwei Seiten derselben Medaille.

Der politisch noch viel gefährlichere Effekt ist aber, daß sich sein mit Blut und Sperma durchtränktes Weltbild verdächtig der Blut-und-Boden-Ideologie und dem Vitalitätskult des Faschismus nähert.

Diesem ganzen Inhalt entspricht eine kulinarische Verpackung, die dem Zuschauer die Möglichkeit zum Denken nimmt. Die „schönen Bilder" erdrücken ihn, die Musik betäubt ihn. Ein Film aus der Traumfabrik Hollywoods. Kurz: ein großer Wurf des Regisseurs Bernardo Bertolucci. Er hat der KP Italiens ihr „Vom Winde verweht" geschenkt.

Gewiß, Bertolucci wird „einen Zahn zulegen" müssen. Es wird ihm und allen Reaktionären aber nichts nützen. Auf alle Fälle wird er von der revolutionären Arbeiterbewegung am Krawattl erwischt werden.

C. Sch., Wien ●

Ein Leserbrief

Dem „Kurier" vom 25. Jänner 1977 entnehme ich, daß die im deutschsprachigen Raum allseits bekannte Film- und Theaterschauspielerin Liselotte Pulver, kurz „Lilo" genannt, von den Steyr-Puchwerken einen Schadenersatz in der Höhe von 700.000 Schilling fordert. Und zwar für ein von der Werbeabteilung dieses Betriebs veröffentlichtes Foto, das Frau Pulver auf einem aus dem Erzeugungsprogramm stammenden Fahrrad zeigt.

Wenn man den Betrag von 700.000 Schilling als nachträgliche Honorarforderung „Lilos" für ihre Werbefotoarbeit mit dem Durchschnittsverdienst eines Arbeiters vergleicht, ersieht man, daß der Arbeiter zehn Jahre arbeiten muß, um mit seinem Nettoverdienst die 700.000-Schilling-Grenze zu erreichen.

Nun kann man hieraus leicht ermessen, in welchem astronomischen Verhältnis das Einkommen unserer leider noch immer „allseits verehrten" privilegierten und prominenten Schichte im Vergleich zu den Einkommen der breiten Masse der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern liegt.

Der Artikel im „Kurier" zeigt, welche Unsummen aus der Ausbeutung der arbeitenden Menschen geholt werden, denn nur daraus werden solche „Stargagen" zu Werbezwecken bezahlt.

Ich habe auch die Redaktion der „Volksstimme"



Aber vielleicht mit Ihnen, lieber Leser?
Abonnieren Sie die Zeitschrift
- ☐ **„für die volksmacht" (17 Nummern, S 50,—) oder bestellen Sie**
- ☐ **zwei kostenlose Probehefte und/oder bestellen Sie die Broschüre**
- ☐ **„Zur internationalen Lage — Zur Lage in Österreich" (24 Seiten, S 5,—).**

Gewünschtes bitte ankreuzen.

Name:

Anschrift:

auf diesen Artikel aufmerksam gemacht. Und ich bin nun wirklich neugierig, wie und ob sie dort auf mein Schreiben reagieren. Als ich noch als Genosse bei der „K"PÖ geführt wurde, hieß es in einer persönlichen Kontroverse mit einer „Parteiprominenz", man könne solche Leute nicht angreifen, da sie einen zu großen Einfluß beim Publikum besäßen und das der Partei schwerstens schaden würde.

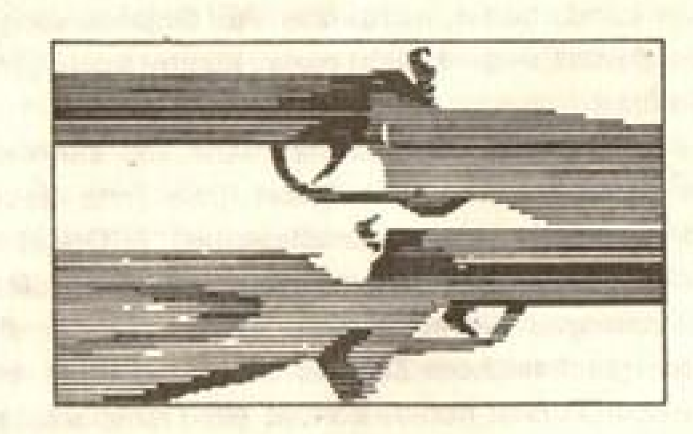
Eine sich daraus entwickelnde Konfliktsituation, bei der ich im Sinne eines Angriffs auf die sozialen und gesellschaftlichen Unterschiede auch die Besitzverhältnisse verschiedener Parteifunktionäre angriff, zwang mich schließlich, die Partei zu verlassen.

Heute haben sich die „K"PÖ-Bonzen oben derart etabliert, daß sie sich über ihr persönliches Einkommen wahrhaftig nicht mehr zu sorgen brauchen. Ihre Handlangerdienste für Moskau werden ihnen mit lukrativen Ostgeschäften honoriert, gleichzeitig sagen sie jedem echten revolutionären Streben den Kampf auf Leben und Tod an. Sie haben sich auf die Seite des Kapitals gestellt und fürchten nun selber einen Sieg der sozialistischen Revolution.

Obwohl man mich für meine Einstellung für verschroben, verblödet und verbrecherisch erklärte und sogar vor ein „Femegericht" stellte, erwies sich meine Einstellung durch die Bildung der vielen revolutionär gesinnten Gruppen, die außerhalb der „K"PÖ stehen und über ganz Österreich verteilt sind, als absolut folgerichtig. Und die jetzt noch „linientreuen" „K"PÖ-Genossen werden letzten Endes einmal vor der Tatsache stehen, daß sie sich im Auftrag der Partei mit Kapitalismus und Faschismus verbinden müssen, wenn es um die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung geht.

F. A., Wien ●

Schmutziges Geschäft



Die Waffengeschäfte um „Lü" und seinen „ehrenwerten" Waffenhändler charakterisieren den schäbigsten Handel der Welt, den Handel mit dem Tode – bei dem übrigens die USA und Rußland die einsame Spitze halten. „Unser" Kreisky möchte da gerne, daß der vielzitierte „kleine Mann von der Straße" ihm bei seinen „philosophischen" Betrachtungen über die Waffenhändler, die nicht „Gottes beste Kinder" seien, folgt, mit hilflos erhobenen Händen und scheinheiligen Seufzern. Aber im übrigen: „red' ma nicht darüber, es könnte Arbeitsplätze gefährden . . :".

Dieser Waffenschmuggel und sein „zufälliges" Auffliegen – darüber soll der Mantel des Schweigens gehüllt werden – zeigt nämlich im vollen Tageslicht, in welchen lebensgefährlichen Dschungel des Agentenkrieges, des Krieges schlechthin, die herrschende Kapitalistenklasse, ihre Regierung, ihre Exekutive – gleichgültig unter welcher Führung – uns hineinmanövriert.

In ihrem Bestreben, Diener zweier Herren zu sein und dabei immer nach dem jeweils stärkeren bzw. aggressiveren zu schielen, dabei ihre Geschäfte und Geschäftchen zu machen und letztlich ihre brüchig gewordene Macht zu sichern, ist die herrschende Klasse bereit, über Leichen – über die Leichen des eigenen Volkes zu gehen. Das künstlich aufgeregte Geschrei der russischen Handlanger über den Waffenschmuggel in der „Volksstimme", die uns lieber heute als morgen unter den „brüderlichen Schirm und Schutz" der russischen Imperialisten stellen wollen, zeigt klar, in welche Gefahr uns die herrschende Klasse, die alten und neuen bürokratischen Kapitalisten, bereits manövriert hat.

Diese Affäre beweist mit größter Deutlichkeit die Richtigkeit unserer Grundsätze: Die Existenz unseres Landes kann nur gesichert bzw. gerettet werden im unerbittlichen Klassenkampf gegen die herrschende Klasse der Kapitalisten, wobei wir im Lebensinteresse Österreichs allen ehrlichen Patrioten die Hand zum Bunde reichen.

R. F., Wien ●

Diskussion über Atomkraftwerke:

Den Betrug entlarven!



Am 27. Jänner fand in der Technischen Universität in Wien die zweite Veranstaltung der „Informationskampagne Kernenergie" statt, von der Kreisky-Regierung sozusagen als „demokratisches Meinungsbildungsforum" zum Bau von Atomkraftwerken ins Leben gerufen.

Diese von der Regierung veranstaltete Informationskampagne soll als Musterbeispiel demokratischer Mitbestimmung verkauft werden, ist aber in Wirklichkeit ein massives Betrugs- und Ablenkungsmanöver.

Alle sollen gefragt werden, alle dürfen ihre Meinung sagen, auch die Gegner der Atomkraftwerke. Mehr noch, unter den von der Regierung engagierten „Informierern", unter den sicher nicht schlecht honorierten Experten am Vorsitzpodium, befanden sich beileibe nicht nur Befürworter, sondern auch erklärte Gegner von Kernkraftwerken.

Dadurch soll der Eindruck erweckt werden, als ob erst nach reiflicher Überlegung, nach langem Abwägen des Für und Wider und unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung die Entscheidung der Regierung über den Bau von Kernkraftwerken, insbesondere über die Inbetriebnahme Zwentendorfs fallen würde.

Denn wer es noch nicht seit der Protestbewegung der Bevölkerung gegen den Bau des Kernkraftwerkes Rüthi wußte, weiß es spätestens seit der nun bekannt gewordenen Meinungsumfrage, warum die Regierung zu diesem Manöver greifen mußte: Ein Großteil der Bevölkerung ist gegen den Bau von Atomkraftwerken.

Freilich, der Stopp der Bauarbeiten in Zwentendorf steht schon außer Diskussion. Dort wird weitergebaut, das Kernkraftwerk wird im Herbst 1977 den Probebetrieb aufnehmen; darin sind sich die Vertreter der Regierung und der Industriellenvereinigung vollkommen einig.

Und was die Herrschaften wirklich von dieser „Mitbestimmung" halten, wird ganz klar in der Zeitschrift „Industrie" ausgedrückt: *„Es gibt nämlich auch so etwas wie eine politische und soziale Umweltreinhaltung im Sinne einer Verhinderung des Einströmens von Thesen und Tendenzen, die letztlich die Axt an die Basis einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung legen. Was für den Menschen das Verlangen nach reiner und gesunder Atemluft ist, das ist für den Unternehmer und die Unternehmen der Wunsch, sich in einer Atmosphäre bewegen zu können, die ihnen die Entscheidungsfreiheit gewährleistet."* Das sagt wohl alles, wenn man weiß, wer in Österreich herrscht.

Solange Profitinteressen die Triebfeder zum Bau solcher Projekte sind, kann von Demokratie keine Rede sein, wird die werktätige Bevölkerung mehr und mehr mit den tödlichen Gefahren dieses Systems konfrontiert werden. Die Atomkraftwerke sind ja nur eine Seite dieser Medaille, mit deren anderer wir in Form gifthältiger Luft, verseuchtem Wasser, Ölpest usw. ja schon längst Bekanntschaft machen mußten.

Die „Informationsveranstaltung" auf der Technik nahm nicht ganz den gewünschten Verlauf. Von den zirka tausend hauptsächlich jugendlichen Teilnehmern wurde sehr bald der Vorsitzende ausgetauscht und jeder, der wollte, konnte sich zu Wort melden. Unter den Stellungnahmen war keine, die sich für die Inbetriebnahme von Zwentendorf ausgesprochen hätte. Für Staberl von der „Kronen-Zeitung" waren diese Vorgänge Anlaß genug, vom „Ausbruch nackter Gewalt" zu jammern. Die zahlenmäßig stark vertretene Polizei sah aber keinen Grund zum Eingreifen.

Es erhebt sich allerdings die Frage über die Zweckmäßigkeit eines derartigen Auftretens der Gegner von Atomkraftwerken. „Siege" in diesen Veranstaltungen bedeuten keineswegs, daß die herrschende Klasse von ihren Plänen abgeht. Sie will ja nur eine „Demokratie-Show" abziehen und verhindern, daß der Bau von Kernkraftwerken auf die Ebene des Parteienstreits gerät und dann tatsächlich von den Massen aufgegriffen wird. Bis jetzt zeigt sich ja die Tendenz, die Gegner von Atomkraftwerken auf „eine Handvoll Randalierer" zu reduzieren.

Es ergibt sich daher die logische Schlußfolgerung, daß in den Kampf gegen Atomkraftwerke die Volksmassen einbezogen werden müssen, wobei die Entlarvung der bürgerlichen Scheindemokratie und des kapitalistischen Profitsystems in den Vordergrund gestellt gehört. ●